

# Morgen-Ausgabe.

# Saale-Zeitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

**Anzeigen**  
Werden die **Gebrüder Kolonial** über deren Stamm mit 20 Bld. loslöse auf Halle mit 20 Bld. bedient und in anderen Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. **Kellern** die Seite 75 Bl. für Halle, auswärts 1 Bld.  
Erhalten täglich **premal**, **Samstag** und **Montag** einmal.  
Redaktion und Haupt-Verkaufsstelle: Halle, St. Pauli-Str. 17; **Verlagsdirektion**: Markt 24.

Nr. 87.

Halle a. S., Dienstag, den 21. Februar.

1911.

## Telegramme.

× **Saarbrücken**, 20. Febr. (Privat-Telegr.) Wie bestimmt verlautet, hat eine Vertrauensmännerversammlung der **fortschrittlichen Volkspartei** einen eigenen **politischen Kandidaten** gegen **Wassermann** aufzustellen beschlossen.

Bei der letzten Reichstagswahl erhielt der **National liberale** Block 21 000, das Zentrum 19 000 und die **Sozialdemokratie** 3000 Stimmen, so daß also Stichwahl zwischen **Wassermann** und Zentrum nach menschlicher Voraussicht sicher bleibt.

Wir halten die **fortschrittliche Kandidatur** gegen **Wassermann** für einen schweren taktischen und politischen Fehler; genau so verkehrt, wie wir die **national liberale Gegenkandidatur** in Nordhausen halten, mittels der man den hochverdienten Führer der **fortschrittlichen Volkspartei** Dr. **Wiemer** unter die Räder zu bringen sucht! — Kann denn auch nur einer ernsthaft wünschen, Männer wie **Wassermann** und **Wiemer** müßten bei den nächsten Wahlen auf der Strecke bleiben?

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung, Montag, den 20. Februar 1911.

Am Ministertische: v. **Breitenbach**, Dr. **Lenze**.

Das Haus ist fast leer.

Vorsitzender von **Kröcher** eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Min.

### Der Eisenbahnetat.

Der Berichterstatter **Abg. Schmieding** (nl.) hat wie alljährlich zwei Druckschriften vorgelegt, von denen die eine die allgemeine Besprechung über die

#### finanztechnische und die wirtschaftliche Seite

des gesamten Etats, die andere die besondere Besprechung über die ordentlichen Einnahmen und dauernden Ausgaben wiedergibt. Zur Verhandlung steht zunächst der allgemeine Teil. In Verbindung damit werden beraten die Verhandlungen des Landesabgeordneten, der Betriebsbericht und die Denkschrift über die Aufstellung des Eisenbahnetats.

Berichterstatter **Schmieding** würdigt die Bedeutung der Staatseisenbahnen für die allgemeine Staatsverwaltung und die Befriedigung der Kulturansprüche. Er stellt fest, daß die unbedingte Verwendung der Eisenbahnerbeiträge zu den anderen Staatsbedürfnissen beeinträchtigt und dieser Zustand auf jährlich 2,10 Prozent des zuletzt abgerechneten nationalökonomischen Anlagekapitals bezogen ist. Der Reinerlös der Eisenbahnen beträgt 292 Millionen, davon fließen 22 Millionen in den Ausgabensatz für wirtschaftlich ungenügende Fälle. Es ist ein starker finanzieller Erfolg; er muß führen zu einer weiteren Ausgestaltung der Bahnanlagen, zur Schaffung neuer Zufahr- und Abfahrstellen, immer weiterer Förderung des Güterverkehrs vom Personenverkehr und ausstehende Vermehrung des Fahrplans.

**Abg. Graf Groeben** (kon.): Wir haben den Versuch unternommen, das Extraordinarium mit 1,15 Prozent des Anlagekapitals auszugleichen und zwar für einen fünfjährigen Zeitraum. An den Grundrissen für die Scheidung zwischen Ordinarium und Extraordinarium wollen meine politischen Freunde unter allen Umständen festhalten. Ein großer Teil des Extraordinariums enthält durchaus nicht lediglich werbende Anlagen. Bei den unteren Legaten ist nicht überall das veranlassende Gefühl für die Sparbarkeit vorhanden. Die ganze Verwaltung muß von diesem Geist durchtränkt werden. Das Hauptmoment ist die Erhaltung des Verantwortlichkeitsgefühls unserer Beamten. Dieses ungeheuer wertvolle Kapital wollen wir gelund erhalten. (Beifall rechts.)

**Abg. Wallenborn** (Ztr.) erörtert gleichfalls die ektatsindischen Fragen im Sinne des Berichterstatters und unter Zustimmung der Grundrissen des Ministers. In Bezug auf die Gültigkeit der Bahn- und Arbeitsbedingungen sollten in jedem Falle die Arbeiterentscheidungen gehört werden. Im Güter- wie im Personenverkehr ist auf eine Verbesserung der Anschlüsse großer Wert zu legen.

**Abg. Dr. Friedberg** (nl.): Wir alle sind wohl darin einig, daß die Ausgleichtsregelung durchaus vorteilhaft ist. Freilich eine vollständige Sanierung unserer Staatsfinanzen ist damit noch nicht erreicht. Ein Defizit ist noch vorhanden und ist für das kommende Jahr wohl in noch höherem Umfange zu erwarten. Da sehen die Vorstände des Ministerialdirektors **Kirchhoff** ein, daß der eigene Eisenbahnerlös, auf Grund deren der Etat belanzt werden würde. Der hierdurch sich annehmenden Schuldensatz würden doch die Revenuen aus dem erhöhten Eisenbahnerlös gegenüberstellen. Bei dem bisherigen System haben wir in den letzten fünf Jahren nicht weniger als 975 Millionen Defizit annehmen gemacht; ist Ihnen das lieber? Zu richtig ist die finanzielle Lage nicht. Es kommen nun hinzu die Aus-

gaben für den Kanal. An manchen Stellen wird sehr gepart und zurückgehalten.

#### Die Ausgaben für Betriebsmittelbeschaffung

sind seit 1906, wo sie noch eine Vierteljahrde betragen, erheblich zurückgegangen, in diesem Jahre auf 187 Millionen. Ich habe die schwache Befürchtung, daß wir in dieselben Verhältnisse zurückfallen, die wir glücklich überwinden zu haben glaubten. Wir haben bei unserer Wagenvereinschaft ein schlechtes Gefühl gemacht; bei einer wirksamen Betriebsmittelgemeinschaftert würde das anders liegen. Die Organisation unserer Staatsbahnen im ganzen hat sich gut bewährt. Aber die finanzielle Frage Preußens wird in diesem Jahre sehr akut werden. Unter Beibehaltung eines solchen Extraordinariums noch über das Maß der getragenen Steuern hinaus neue Steuern zu beschließen, das würde unmöglich sein; da würde die Frage aufgeworfen sein, ob wir eine so hohe Dotierung des Extraordinariums auf Kosten der allgemeinen Staatskasse verantworten können.

Finanzminister **Dr. Lenze**: Ich kann dem **Abg. Friedberg** nicht zustimmen. Es ist unmöglich, die Eisenbahnangelegenheiten anders zu regeln, als bis jetzt geregelt worden sind, denn eine andere Regelung würde tatsächlich eine wirtschaftliche Unmöglichkeit herbeiführen. Die jetzigen Umstände, die aus dem Extraordinarium bestritten werden, werden nicht vermindert und nicht amortisiert, wohl aber diejenigen Ausgaben, die aus Anleihen bestritten werden. Ausgaben, die man auf Anleihen übernehmen muß, verringern selbstverständlich die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung, während die Eisenbahner eine höhere wird, wenn man Ausgaben aus laufenden Mitteln deckt. Ministerialdirektor **Kirchhoff** hat ausdrücklich erklärt, daß der preussische Staat sich genau so einrichten müsse, wie das Reich, nicht mehr auszugeben, als er an dauernden Einnahmen hat. Damit wollte wohl Ministerialdirektor **Kirchhoff** dem preussischen Staat eine feste Summe zur Verfügung stellen. Er ist aber dazu nicht imstande, wenn neue außerordentliche Ausgaben an ihn herantraten, diese auf andere Weise zu decken, als daß er sich andere Einnahmequellen schafft, denn aus Mitteln der Eisenbahnverwaltung kann er sie nicht bekommen. Infolgedessen wird das Beispiel von **Kirchhoff** nicht ausreichen, um bei größerem Bedarf für den Etat weitere Einnahmequellen ungenügend zu machen. Auf der anderen Seite würde auch das Beispiel von **Kirchhoff** nicht ausreichen, das untere Anleihenrecht abzugeben, welches die Abgabe von Anleihen gestattet wird. Die Verzinsung und Amortisation der Anleihen würde auch von Jahr zu Jahr wachsen, weil immer von neuen Anleihen aufgenommen werden müßten, und schließlich käme es dahin, daß die Einnahmen und die verfügbaren Überschüsse der Eisenbahnverwaltung sich in Zukunft immer mehr herabmindern müßten. Gegen diese mathematischen Rechenexempel ist ein Gegenbeweis schlechterdings unmöglich. Grundtatsache ist kein Unterschied zwischen einer Defizit- oder einer Eisenbahnanleihe. Aber für den Finanzminister ist es doch etwas wesentlich anderes, ob er sagen kann, daß er kein Geld hat, weil dann die Notwendigkeit der Anleihe zurückfallen müßte, während sie das nicht tun, wenn es sich bloß um eine Eisenbahnanleihe handelt, also Geld vorhanden ist. Das mag ja ein nartig klingen, aber es ist tatsächlich so. Der Finanzminister kann immer so weit gehen, als er Mittel hat. Richtig ist, daß

#### im nächsten Jahre erhöhte Beträge für die Schuldentilgung

einzustellen sind, weil in diesem Jahre keine Schuldzinsen zu zahlen sind. Scherz wäre es gewesen, wenn wir eine Art Zwischenstufe gehabt hätten. Im Gegenstand aber würde im nächsten Jahre herabsetzende Beträge an Anleihen notwendig sein. Die Befürchtung des **Abg. Friedberg**, daß wir wenn für Betriebsmittelbeschaffung eingestellt ist, ist nicht begründet. Es sind wiederholt aus Anleihenmitteln ganz erhebliche Beträge zur Betriebsmittelbeschaffung zur Verfügung gestellt worden. Die Betriebsmittel sind nicht nur dauernd auf der Höhe erhalten, sondern immer weiter ausgebaut worden. Selbst in diesem Jahre sollen über die dauernde Erhaltung hinaus noch etwa 162 Millionen Mark zur Erweiterung angewendet werden. Würden wir aus Eisenbahnmitteln für den Staatshaushalt mehr zur Verfügung stellen, als wir es getan haben, dann würden wir in Zukunft unsere Staatsentnahmen auf eine ungelunde Grundlage stellen. Das dürfen wir nicht tun, denn wir müssen für gesunde Zustände sorgen.

Minister **v. Breitenbach**: Ich teile die Befürchtungen des **Abg. Dr. Friedberg** nicht. Es liegt keine falsche Sparbarkeit vor. Richtig ist ja, daß die jetzt angeforderten Mittel geringer sind als z. B. 1908. Es ist aber zu bedenken, daß trotz der starken Verkehrssteigerung ein Rückgang an der Zahl der Angestellten eingetreten ist. Vor allem aber hat die preussische Staatsbahnverwaltung im Laufe der letzten 10 Jahre für die Verbesserung des Oberbaues durch Verankerung der Schienen, des Schwellenmaterials usw. und in den letzten 6 Jahren durch den Umbau der Hauptstrecken erheblich für die spätere Jahre vorgegriffen; die Wirkung dieser Kraftanstrengung sollte sich äußern, man äußert sich nun in einer Verminderung der Kosten. Der Erfolg ist also falsch, daß eine falsche Sparbarkeit in Bezug auf die Unterhaltung der Strecken vorliegt. Die Unterhaltungskosten haben infolge der Verbesserung der Betriebsmittel ja auch relativ zurückgehen müssen; das gilt insbesondere auch für die außerordentliche Verbesserung unseres gesamten Lokomotivparks, besonders durch Einführung der Heizdampflokomotive. Ich kann auch nicht geben, daß sich der Staatswagenverband nicht bewährt hat, wir hatten allerdings ein hohes Saldo bei den anderen Staaten, weil deren Wagenpark erheblich geringer war und der unsere von ihnen liberans stark ausgenutzt wurde (**Abg. v. Pappenheim**: Hö! Hö!). Das Saldo ist zurückgegangen, weil die anderen Staaten ihren Wagenpark inzwischen ebenfalls vergrößert haben.

**Abg. Graf Moltke** (H.): Die Kirchhoff'schen Vorschläge können vielleicht für spätere Bedeutung gewinnen; jetzt aber kam: ich

nicht einsehen, daß es möglich wäre, auf irgend einem Wege auch nur einen Teil von ihnen zu verwirklichen, gleichzeitig mit der Durchführung des Abkommens, das wir im vorigen Jahre bezüglich der Entlastung getroffen hatten. Der Eisenbahnetat zeigt ein außerordentlich erfreuliches Bild, das Ergebnis der so ständigen und fortwährenden Konjunktur. Über dieses Moment der Wirtschaftlichkeit zeigt doch, wie sehr unsere Eisenbahn und damit unsere Staatsfinanzen abhängig sind von den Schwankungen des wirtschaftlichen Lebens und wie notwendig es ist, die volkswirtschaftliche Seite des Problems zu behandeln. Wenn es gelungen ist, diesen Schwankungen und dieser Unsicherheit so leicht zu folgen, so gehört das Verdienst untreulich der selbständigen Leitung der Eisenbahnverwaltung. (Sehr richtig?) Gerade in den letzten Jahren ist der Eisenbahnminister unausgesetzt bemüht gewesen, die Betriebsmittel aller Art, den ganzen großen Apparat auszugleichen und zu verfrachten. Aber man muß, wenn man mit der Konjunktur rechnen muß, nirgends so sehr wie bei der Eisenbahnverwaltung, auf die Zukunft bedacht sein, und darum ist dieses Ausgleichsabkommen, dieses Duinquennium doppelt zu begrüßen, weil werden daran unter keinen Umständen rütteln, wir würden sonst dieselbe Unsicherheit wiederbekommen. Ob die Sätze richtig sind, müssen wir abwarten.

**Abg. Dr. Pacht** (Sp.): Die Betriebsergebnisse unserer Eisenbahnverwaltung sind glänzend. Der Hauptgrund liegt in der Höhe der Tarife und in der Zunahme des Verkehrs. Die Staatsverwaltung muß gefastet werden, daß nicht ohne Not eine Steuererhöhung zu erheben werden müssen. Der Redner erörtert unter dem Gesichtspunkt die Frage des Ausgleichs und der Erweiterung des Extraordinariums. Der Verkehr wird noch erheblich steigen, das steht fest. Daraus müssen wir auch die Konsequenzen ziehen. Wir müssen das Eisenbahnetat ausbauen, den Fahrplan erweitern und alles tun, um unsere Anlagen betriebsfähig zu erhalten. Wir wünschen mehr Energie bei der Abänderung des Gültarifs. Eine Herabsetzung der Abfertigungsgebühren ist in Aussicht gestellt. Wo bleibt sie? Unsere Industrie hat Anspruch darauf, daß ihre Wünsche berücksichtigt werden? Die Löhne steigen lächerlich. Wenn die Transportkosten auch noch steigen und keine Aussicht auf Herabsetzung ist, dann kann sie in dem nächsten Jahre auf dem Weltmarkt nicht mithalten. Zahlreiche Handelskammern haben sich mit Recht über die Erhöhung der Nebengebühren beklagt. Wir wünschen entsprechend den Forderungen des Deutschen Handelskongresses eine Vereinfachung der Gebühren, ein allgemeines deutsches Tarifamt und eine Zentralfachstelle für alle diese Fragen. Der Redner fordert eine Erweiterung des Wagenparks, bemängelt die hohen Gepäcker für weitere Reisen, verlangt die Erhöhung der 4. Klasse bei der Reform der Fahrkartentaxe, empfiehlt eine Erleichterung des Schillerverkehrs und die Ausgabe von Sonntagsfahrkarten vom Lande zur Stadt. Kommen wir zu einer Herabsetzung der Dienftarife des Lokomotivpersonals. Sogleich werden nicht erst die Fahrzeiten nach dem Wesen, sondern auch die nach dem Osten verkürzt. Der Redner führt Beschwerde über Zolplattieren. Das Publikum wird an den Grenzstationen oft geradezu unruhig behandelt. Die Verwaltung hat allen Grund, möglichst entgegenkommen zu sein, weil die Einnahmen, die als hohe Steuer auf dem Publikum lasten, so gering sind. (Beifall.)

**Abg. v. Hennigs-Tschin** (H.): Wir wollen verhindern, daß zum Schaden der Eisenbahnanlage alle anderen Refforts von den Überschüssen der Eisenbahnverwaltung leben. Wir dürfen die Summen, die bei einer steigenden Konjunktur mehr eingezogen werden, nicht ohne weiteres verwenden, sondern dafür sorgen, daß wir mit möglichst geringen Steuererhöhungen durchkommen.

**Abg. Schmieding** (Ztr.): Der frühere Finanzminister **Frey** v. Aehrenthal hat sich als ein guter Tropfen erwiesen. Er sagte voraus, wie es nun eingetroffen ist, daß der Ausgleichsfonds bereits 1911 mit 24 Millionen gepufft werden könne. Wir können ihm nur unseren Dank ablassen für seine Tätigkeit bei der Einrichtung des Ausgleichsfonds. Nicht anerkennen können wir, daß die Tilgung übermäßig ist. Wir können uns in diesem Punkte dem Finanzminister nur anschließen. Der Redner kommt dann auf die Eisenbahnunfälle zu sprechen. Hier stehen die preussischen Staatsbahnen am günstigsten. Trotz dieses günstigen Resultats wird hoffentlich die Eisenbahnverwaltung nicht erlauben, den Unfällen weiter entgegenzutreten.

**Abg. Wares** (nl.): Die Eisenbahnverwaltung muß möglichst selbständig arbeiten können und einen Ausgleichsbestand besitzen, um die Schwankungen des wirtschaftlichen Lebens auszugleichen und auch um die Vorteile, die in solchen Schwankungen liegen, auszunutzen. Die Eisenbahnverwaltung hat noch große Ausgaben. Viele Landestelle warten auf Aufschluß durch Bahnen. Der Verkehrsverkehr verlangt eine Schnellfahr, die bei dem jetzigen Systeme und in Verbindung mit dem Güterverkehr nicht zu leisten ist. Viele Bahnhöfe bedürfen ebenfalls der Veränderung und Erweiterung. Große Kapitalien sind hier notwendig. Die Eisenbahnverwaltung hat aber jetzt Einnahmen, wie sie in der Höhe noch nicht da gewesen sind. Man kann daher bei dieser Lage durchaus verstehen, wenn Interessenten eine Tarifermäßigung für Massengüter verlangen.

Eisenbahnminister **v. Breitenbach**: Wenn wir gute Einnahmen haben, so muß nicht gleich eine Tarifermäßigung eintreten. Überflüssige der Eisenbahnverwaltung kommen immer wieder dem Lande zugute. Unsere Reimittelverhältnisse sind jetzt allerdings ungewöhnlich hoch. Wir werden in diesem Jahre dem Ausgleichsfonds 60 Millionen zuführen können. (Hört, hört!) Eine Tarifermäßigung könnte nur eintreten, wenn ein allgemeines wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt. Das können aber auch industrielle Kreise nicht beaupten. Unsere Industrie hat England überholt, unter Außenhandel hat sich ganz ungewöhnlich entwickelt, die Ausfuhr hat sich gesteigert. Unsere Eisenindustrie ist weltweit in aufsteigender Bewegung. Trotz der hohen Löhne ist also die Lage der Industrie nicht schlecht. Dann werden aber auch die Bahnerlöse, die 1911 fertig sein sollen, dem Eisenbahnverkehr erhebliche Aufbrüche tun. Das muß zur Voricht machen. Ich habe den Tarifermäßigungen grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber, aber jetzt wäre eine Ermäßigung vorzuziehen. Ich bitte, ausdrücklich, daß

die Reform der Fahrkartensteuer die 4. Klasse unbefreit lassen wird. (Beifall.) Die Schülersteuer ist niedrig genug. Ueber die Mäßigung der Fahrpreise soll bei der Feststellung der Fahrpläne verhandelt werden. Die Fortbildung des Fahrplanes des Monats liegt mit ihm am Herzen. Neue Klasse sollen eingelegt werden. Berechtig sind die Bekohlenen wegen der Kollektion an den Grenzstationen. Bekohlenen auf internationalen Wege werden aber sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Bei der Frage der Elektrifizierung der Bahnen soll das Staatsbahndienst nicht durchbrechen werden. Eine zuverlässige Methode zur Bekohlung von Unglücksfällen gibt es noch nicht. Die Erträge der Spannkametspolitik sind, daß unter Personal durchaus mitschlägig erogen ist. Die Stellungsverhältnisse haben sich außerordentlich verbessert. Wir konnten dem Bedarf genügen. Es sind allen Bediensteten Bekohlung getragen worden. Das ist nicht etwa dadurch erreicht worden, daß man das Personal zu stark in Anspruch genommen hat. (Beifall.)

Die Besprechung schließt.  
Weiterberatung Dienstag 11 Uhr. — Schluß 4 1/2 Uhr.

## Deutsches Reich.

### Das militärische Element in der Jugendbildung.

# Von einem alten Soldaten wird uns geschrieben: In meinen Kreisen von Jugendbildnern hat sich die Ueberzeugung Bahn geschaffen, daß in Deutschland mindestens ebensoviel wie in allen feindlichen Nachbarstaaten Jugendpflege und Erziehung zur Wehrfähigkeit ein untrennbares Ganzes bilden müssen. Die Kriegsmilitarier von Preußen und Bayern haben durch Erlässe und Maßregeln darauf hingewiesen, daß ihnen die Steigerung der körperlichen Leistungsfähigkeit und die Pflege eines gesunden militärischen Sinnes bei unserer Jugend am Herzen liegt; das preussische Kriegsministerium hat „die Teilnahme von Offizieren, auch Unteroffizieren an den Wehrkraftsübungen der Jugend“ empfohlen. Kurz, das militärische Element in der Jugendbildung ist in seinem Wert und in seiner Bedeutung erkannt worden. Zu den wichtigsten Anregungen und wichtigsten Einflüssen auf die jugendliche Jugendbildung gehören vor allem die Kriegsspiele im Sinne von Zahn und Gutschmidt, die besonders geeignet sind, patriotische und nationale Gesinnung zu erwecken. Einzelheiten der Feldbrennübung sind nicht etwa Feldbrennübungen oder Exerzieren, wie Aufmarschübungen, Meldungen über Wahrnehmungen, Patrouillendienst, einfache Kommandos fördern geistige Klarheit des Verstandes, erhalten die Fähigkeit, Entwürfe knapp und klar wiederzugeben, lehren deutliches Sprechen, schärfen die Sinne, erziehen zur freiwilligen Unterordnung unter ältere oder jüngere Kameraden. Ehrengerichtliche Einrichtungen bilden Achtung vor dem Nebenmenschen, Selbstbeherrschung und gute Formen heran. Zivilisieren und Abkochen, einfache Sanitätsübungen entwickeln das Gefühl des Selbstvertrauens und der Kameradschaft. Kartenspielen und Orientierung im Gelände dienen dem gleichen Zweck und stiften das geistige Auge. Endlich bekämpft die Schulung des Auges durch Entfernungsmessungen und Zielübungen aus wirtlichste die namentlich auf unseren höheren Schulen in unheimlicher Weise zunehmende Kurzsichtigkeit. Unser germanischer Nachbarstaat Desterreich geht in dieser Beziehung noch viel weiter und hat das Schießen aus mit scharfer Munition an allen seinen Mittelschulen eingeführt.

### Der Zwischenfall an der Kameruner Grenze.

# Der Streit zwischen Eingeborenen an der Grenze von Kamerun und Französisch-Kongo hat sich auf dem Gebiete der in neuerer Zeit so viel genannten Ngoga-Sanga-Gesellschaft abgepielt. Die zwei Europäer, die dabei gefallen sind, sollen angeblich zwei Deutsche sein. Ueber den Vorfall ist eine Unterredung im Gange, die von der französischen Regierung betrieben wird und über deren vorläufiges Resultat noch nichts bekannt ist. Der deutsche Vorkonsul hat am Montag im Ministerium des Aeußeren eine Unterredung über den Gegenstand. Die Sensationsmeldung der Londoner „Exchange Telegraph Company“, der Vorfall werde ein zehnter Vorfall in der fremdschifflichen Form; vor irgend einer Differenz war nichts zu besorgen.

Im Auswärtigen Amt ist man über die Londoner Meldung von irgend einer Schmierlei, die zwischen Deutschland und Frankreich zurzeit beherrschend ist, höchst erstaunt. Man behauptet den Streit an der Kameruner Grenze, kann sich aber nicht vorstellen, in welcher Art die Beziehungen der Regierung durch ein in diesem Gebiete nicht gerade seltenes Ereignis gestört werden könnten.

### Die Bluttat in Kamerun.

# Zu der letzten Bluttat am Tage des Kaiserlichen Gouvernements von Kamerun verweist die „Berliner Tageblatt“ am Montag eine Zuschrift, aus der ein Wortwort gegen die Kolonialverwaltung in dem Sinne herausgegeben werden muß, als ob der Täter, Sekretär Kern, wegen gewisser beständiger körperlicher und geistiger Eigenschaften überhaupt nicht in die Tropen hätte hinausgeschickt werden dürfen.

Demgegenüber ist die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zu der Feststellung ermächtigt, daß Kern bei der amtsärztlichen, seiner Annahme für den Kolonialdienst vorausgehenden Untersuchung als gesund und tropenidoneität befunden worden war. Auch im übrigen ergaben sich weder aus den amtlichen Feststellungen der früheren vorgelegten Dienstbefehden Kerners noch aus denjenigen des Kolonialministeriums in Hamburg, dem Sekretär Kern zu Ausweisung überwiegen war, für die Kolonialverwaltung Bedenken gegen die Verwendung Kerners im inneren Kolonialdienst.

## Parteinachrichten.

### Die Politik des Staatsstreichs.

# In Verdenburg fand am verfloffenen Sonntag eine gut besuchte nationalliberale Versammlung statt, in der Generaldirektor Breithaupt über die „Politische Zeitfragen“ sprach. Uns interessiert hier hauptsächlich, was der Redner über die Politik des „ungetrübten Königs“ von Preußen sagte. Herr Breithaupt meinte:

„Vielleicht hat Heidebrandts Politik auch noch einen tieferen Zweck, und es verlohnt eine Erbitterungs-

politisch, um einen Reichstag zu zeitigen mit 120 oder 130 Sozialdemokraten, die wohl kommen können, wenn der Bund der Landwirte bei den Stichwahlen versagt, um dann einen Staatsstreich zu provozieren, der die unheilvollsten Folgen haben könnte.“

Das offen auszusprechen ist Pflicht eines jeden, der mit Sorge der Entloftung der Dinge entgegensteht. Man muß doch annehmen, daß ein Mann wie Heidebrandt die Politik der größtmöglichen Rücksichtslosigkeit nicht ohne einen besonderen Zweck treibt. Entfinnen mir uns der Vorgänge im Reichstag, dann können wir in der Rede im preussischen Abgeordnetenhaus eine Ergänzung dazu sehen, bestimmt, die Regierung sehr zu machen für eine Gewaltaktion.“

### Kleine vermischte Nachrichten.

In Dresden starb am 18. d. M. der General der Artillerie g. D. z. Jglinicki im 81. Lebensjahre. — Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. hatte gegen die Ablehnung der Gründung eines Hauptverfahrens gegen den Redakteur der Volksstimme Hermann Wendel wegen Majestätsbeleidigung Bescheid erlassen. Der Straftat des Oberlandesgerichts wies die Bekohlung namentlich zurück. (Es handelt sich um die Broschüre „Die Fleischrunder, die Gottesgnadentum“, auf die der Reichstagsabgeordnete v. Heidebrandt lange nach ihrem Erscheinen im Reichstag aufmerksam gemacht hatte. — Von einer beachtlichen Reise des Kaisers nach Rom ist in den letzten Wochen in Rom nichts bekannt. — Auf Anordnung der Regierung beantragte jetzt fünf Saboten die Kurie der Deutschen Kaiserin Kaiser, dessen Präsentation durch den Magistrat von Bromberg die Disziplinbehörde zurückgewiesen hatte. — Eine große Zahl von Freunden der evangelischen Freiheit hat an das Presbyterium der evangelischen Gemeinde in Krefeld eine Eingabe gerichtet, in der gebeten wird, neben dem bisher bei der Konfirmation als Bekenntnis oder Gelübde üblichen Apostolikum den wärsfester Gebrauch einer weniger dogmatisch gebundenen Form zu beantragen. — Der Kaufmann Leopold Kemper vermachte der Stadt Breslau eine Million Mark zur Bekohlung billiger Wohnungen für bedürftige Bürger. Die im Testament nicht bedachten armen Verwandten wollen aber des Testaments der „Bresl. Jg.“ zufolge anfechten.

### Hof- und Personalnachrichten.

# Der Kaiser nahm Montag vormittag im königlichen Schloße die Vorträge des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Riberlen-Waechter und des Chefs des Zivilkabinetts, wirtschlichen Geheimen Rates von Valentini entgegen. — Mittags empfing der Kaiser den mexikanischen außerordentlichen Gesandten de Jcaza als Vorkämpfer in außerordentlicher Mission nebst Gefolge in feierlicher Audienz und nahm aus dessen Händen ein Schreiben des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Mexiko entgegen, in welchem dieser dem Kaiser den Dank des mexikanischen Volkes und der mexikanischen Regierung für die Beteiligung an der mexikanischen Zentenarfeier zum Ausdruck bringt. Der Audienz wohnte der Staatssekretär von Riberlen bei. Auf dem Schloß waren anlässlich des Empfanges die drei Standarten geführt; die mexikanischen Herren wurden in königlichen Galauniformen durch den Einführer des diplomatischen Korps, Vize-Gesandtschaftsminister von dem Knebel, zum Schloße geleitet.

## Ausland.

### Chinas Antwort.

Schanghai, 20. Februar. Es wird berichtet, daß die chinesischen Truppen in Hunan, Schantung und Tschili Bescheid erhalten hätten, sich bereit zu halten, um nach dem Norden zu marschieren.

Die chinesische Regierung soll Montag formell die sechs Punkte der russischen Note beantwortet. Wie verlautet, erkennt China die Klagen über die angelegte Bekohlung der russischen Tarifautonomie an der chinesischen Grenze nicht als berechtigt an. Das Recht der Extraterritorialität der russischen Untertanen in China gibt China zu, ebenso daß der russische Handel in der Manchurei freier indirekter, sondern nur direkter Bekohlung unterliegen dürfe. Weiter räumt China der russischen Regierung das Recht ein, Konsulate in Kobo, Hami und Gutschin einzurichten, sobald sie kommerziell gerechtfertigt seien, was jetzt noch nicht der Fall sei. Für unberechtigt erklärt wird die Klage über die Haltung der chinesischen Behörden gegenüber den russischen Konsulen, und zumeist endlich das Recht der russischen Untertanen, in den Städten der Mandschurei, in denen die russische Regierung berechtigt ist, Konsulate zu errichten, Grundstücke zu erwerben und Bauten aufzuführen. Die Antwort schließt mit der Erklärung, daß China an den Grundfragen des Vertrages festhalte, aber einer Erweiterung zustimmen werde. China werde eine verhältnismäßige Haltung bewahren und behaupte tief den Wandel in der russischen Politik, der nicht im Einklang stehe mit den bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Mächten, die eine Revision des unklaren Vertrages willkommen heißen sollten, insbesondere hinsichtlich der wesentlichen Veränderungen, wie sie z. B. der Bau der russischen Eisenbahnen und die Entwicklung auf anderen Gebieten seit 1861 mit sich gebracht hätten.

### Die Stimmung in Persien.

Aus Teheran wird gemeldet: Ein Kaufmann wurde auf offener Straße am Dolettor verhaftet, dem zwei Einwohner zum Opfer fielen. Die Tat wird auf zugewanderte Kaufleute zurückgeführt und hat die Stimmung zugunsten der vom Regenten geforderten Ausweitung der Anarshien sehr verschärft. Der Kaufherrn Kaab Hussein, gegen den die Regierung eine Exekution erlassen will, erklärte seine Bereitwilligkeit zur Unterwerfung und Auslieferung der Waffen. Eine ähnliche Bekohlung ist auch von Kasim Khan aus Aherbidshan eingetroffen. Gegen die vom Regenten gewünschte Bildung geschlossener Parteien im Parlament haben die Liberalen Einspruch erhoben; die Neugruppierung wird indessen in den nächsten Tagen zustande kommen. Der Regent Kaik-ul-Mulk hat die Neubildung des Kabinetts bis dahin aufgeschoben.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 21. Februar.  
Stadtverordneten-Sitzung

Am Vorstandstisch die Herren Justizrat Föhring, Baumeister Gogas und Architekt Froh. Eingetragen ist ein Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Rie, der darauf hinweist, daß das „Halle-Blatt“ die vor 14 Tagen wieder erhobenen Anfechtungen jurisdiktionell habe. — Einwohner der Hallestraße äußern hinsichtlich der Kabellegungen Wärsche, die dem Bauausfuß zugehörig werden. An den Bauausfuß geht ferner eine Petition betreffend den Angerweg, sowie eine Petition betreffend ein Grundstück in der Leipzigerstraße, bei dem die Baupolizei, weil das Grundstück von der Hauptlinie angegriffen wird, die Wiederherstellung des früheren Zustandes — es ist eine Türe durchgebrochen — verlangt.

Die Immobilien-Antauf- und Verwertungsgesellschaft wendet sich in einer Eingabe gegen die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Rie, in Sachen der Maßnahmen, die die

### Wohnungsinspektion

betrifft des Grundstücks Sophienstraße 40 verfügt hat. Die Bekohlung, die Herr Dr. Rie von den Wohnungen gegeben habe, sei übertrieben. Die Gesellschaft erklärt sich prinzipiell bereit, was nötig sei, an den Wohnungen zu bessern, die Art der Bekohlung erachtet sie aber für unzulässig, solange nicht die Wohnungskommission sich mit der Unannehmlichkeit befähigt habe.

Herr Stv. Munentritt vertritt die Ansicht, daß die Wohnungsinspektion sich bei ihrer Verfügung nicht im Rahmen ihrer amtlichen Befugnisse gehalten habe. Er habe sich die Wohnungen angesehen und müsse allerdings sagen, eine Wohnung sei ganz schlecht, die andere nicht einwandfrei, immerhin aber noch benutzbar. Ein Ehepaar, zwei einzelne Leute, die dort eine der Wohnungen innehaben, habe ihnen erklärt, sie fühlten sich da ganz wohl; sie würden es sehr bedauern, wenn sie heraus müßten; denn sie müßten, da sie nicht mehr als 9 Mk. pro Monat zahlen können, keine andere Wohnung zu finden und würden abwarten werden. Tatsache sei, daß ein großer Mangel an kleineren Wohnungen bestehe und daß das Amt für Obdachlose bereits voll sei. Infolgedessen meint Redner, solle man nicht so rigoros vorgehen wie die Wohnungsinspektion. Die Wohnungsinspektion über ihre Tätigkeit, wie das Beispiel zeige, in einem Sinne aus, der unvereinbar sei mit den Voraussetzungen, unter denen sie gerichtet wurde. Die Wohnungsinspektion habe gar kein Verfügungsrecht, sie habe ihre Wahrnehmungen der Wohnungskommission anzugeben, und die laße dann, so wollte es die Magistratsvorlage, die angezeigten Mängel durch ihre Sachverständigen nachprüfen.

Herr Bürgermeister v. Holly ersucht, die Sache so lange nicht zu verhandeln, bis der Herr Oberbürgermeister, der in dringlichen Geschäften heute von Halle abwesend sei, den Verhandlungen beiwohnen kann.

Herr Stv. Robert beantragt, die Materie dem Petitionsausschuß zu überweisen, da es nicht das erstmal sei, daß amtliche Feststellungen des Herrn Oberbürgermeisters nachträglich als unrichtig von den Interessenten angegriffen würden. So sei es z. B. auch mit seinen Darlegungen betreffend die Uniformierungen geschehen, ohne daß der Herr Oberbürgermeister sich dagegen gewehrt habe. Man solle die Angelegenheit entweder dem Rechts- und Verwaltungsausschuß, dem Bauausfuß oder dem Petitionsausschuß zuweisen.

Herr Stv. Sommer ist gleichfalls für eine Bekohlung der Angelegenheit in irgend einem Ausschuß.

Die Versammlung weist sie dem Petitionsausschuß zu.

1. Für die Fütterung der im Straßenreinigungsdienst verplegten 12 Feuerwehrlöhne laut Kap. XIV 7680 Mark vorgezogen. Infolge Steigens der Futterpreise wird diese Position im laufenden Jahre um rund 1000 Mk. überschritten. Es wird daher vom Magistrat beantragt, den letzten Betrag aus Kap. XX, Fol. 11, die zur Zeit noch einen Bestand von 88 488,33 Mk. nachweist, zu verfrachten. Die Veranlagung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Sprunger.)

2. Die in der Reinerhaltung für 1910 zum Nutzen des Gasbehälters auf Gasanstalt I vorzunehmenden Arbeiten sind um 645,50 Mk. überschritten worden. Diese Überschreitung ist die Folge der gesteigerten Materialpreise und Aufschöpfung der Reserve. Die Versammlung bewilligt die Ueberführung aus den diesjährigen Ueberflüssen der Gasanstalt. (Ref. Herr Stv. Knaabe.)

3. Die Herren Stm. Lindner und Pfantsch beklagen über folgende Vorlage:

1. Die Gemeinde Ammendorf hat im Juli 1909 bei der Generalkommission den Antrag gestellt, die Vertretung und Verwaltung der durch den Separations-Rezess von Ammendorf, Beesen und Planena beährten gemeinsamen Angelegenheiten zu regeln. Noch längeren Verhandlungen ist unter den Beteiligten ein Verzeß dahin zustande gekommen, daß die gemeinschaftlichen Wege, Gräben usw. gegen Uebernahme der Unterhaltungspflicht der politischen Gemeinde überwiehen werden, in deren Bezirke sie gelegen sind. Die im Gutsbezirke Beesen gelegenen gemeinschaftlichen Angelegenheiten gehen danach in das Eigentum der Stadtgemeinde Halle über. Die drückten Verhältnisse bedürfen zum Teil eine Abweichung von dem Vergleichs- zu Grunde liegenden Prinzip. Insbesondere mußte im Interesse der unbedingten Durchführung der

### Gerwärs-Regulierung

leiten der Stadtgemeinde darauf gebrungen werden, daß das Flußbett der Gerwärs, auch soweit es nicht im Gutsbezirke Beesen liegt, ganz in das Eigentum der Stadtgemeinde übergeht.

Der Vergleich mit seinen von uns vorgeschlagenen Modifikationen entspricht dem Interesse aller Beteiligten, denn er schafft klare Verhältnisse hinsichtlich des Eigentums und der Verwallung der einzelnen Geweise und gemeinsamen Besitztümer. Der Stadt erwachsen durch die Uebernahme keine neuen Kosten; die Unterhaltung der im Gutsbezirke Beesen gelegenen Besitztümer der Interessenten-Gemeinschaft lag ihr nach dem Rezess schon fest ob.

II. Neben den zu I gekennzeichneten Verhandlungen laufen seit Jahresfrist die Verhandlungen wegen Durchführung der zum Schluß der Wasserregulierungsanlage in Beesen erforderlichen Regulierung der Gerwärs. Die Gerwärs gehört zu den gemeinsamen Besitztüchern der Sepa-

rations-Interessenten. Ihre teilweise Regulierung ist von den jüdischen Körperchaften im Sommer 1909 beschloffen worden unter Bewilligung von 19 000 Mk., konnte aber bislang nicht durchgeführt werden, weil die Gemeinden Ammenborn, Biesen und Planena wegen Beinträchtigung ihrer Fischereirechtigkeit Widerspruch erhoben. Die Fischerei in der Gewirthe, welche durch die Regulierung beeinträchtigt werden wird, steht von jeher den drei genannten Gemeinden zu und hat, wie die Ermittlungen ergeben haben, in früheren Jahren 20 bis 300 Mk. Jahrespaß abgeworfen. Im letzten Jahrzehnt ist die Einnahme erheblich zurückgegangen. Dieses wird auf die anderwärts Wasserentziehung durch das Pumpwerk zurückgeführt. Um den besagten Widerspruch der beteiligten Gemeinden zu beseitigen, hat das Kuratorium der Gas- und Wasserwerke den Gemeinden eine einmalige Abfindungssumme von 5000 Mk. unter der Bedingung geboten, daß zugleich das ganze Flußbett der Gewirthe in dem Verfahren zu 1 in das Eigentum der Stadtgemeinde übergeführt werde. Die Gemeinden sind hiermit einverstanden, sofern die Regulierung der Gewirthe bis zur nächsten Fortsetzung wird. Die Fortsetzung der Regulierung liegt aus dem Interesse des Wasserwerks und war bereits früher in Aussicht genommen. Mit dem Gemeindevorsteher von Ammenborn, als Vertreter der beteiligten Gemeinden und der Separations-Interessenten in bezug auf die Gewirthe, ist demnächst folgende Vereinbarung getroffen worden: Die Stadtgemeinde zahlt 50, des Gemeindevorstehers 2 u. Ammenborn zur Abfindung der Gemeinden Ammenborn, Biesen und Planena zu zahlende Abfindungssumme von 5000 Mk. Die Gemeinden lassen ihren Widerspruch gegen die Regulierung der Gewirthe fallen und sind damit einverstanden, daß der ganze Flußlauf bis zur Steinsäule in das Eigentum der Stadt übergeht. Im Jahre 1911 soll die Regulierung von der Säule bis zur Kreuzung des Weges Ammenborn-Planena ausgeführt werden. Der übrige Teil soll von der Stadtgemeinde Halle spätestens bis zum Jahre 1915 gemäß dem noch auszuarbeitenden Projekt reguliert werden. Das freie Durchfließen des regulierten Wasserlaufes darf nicht durch Wasserentnahme beeinträchtigt werden. Die Grundnutzung der Gewirthe, soweit sie nach der Regulierung der Gewirthe noch vorhanden ist, verbleibt den Grundbesitzern.

Die Veranlagung stimmt der Vorlage zu.  
4. Wie Herr St. Lindner ausführt, ist bereits in der Magistratsvorlage vom 13. März 1909 betreffend

### Bauten auf Gimmritz

der Veranlagung angeknüpft worden: „Die für die baulichen Instandsetzungen in der Gimmritzer Mühle bewilligten Mittel werden nach überschätzter Schätzung voraussichtlich um 8000 bis 10 000 Mk. überschritten werden, deren Nachbewilligung noch zu beantragen sein wird. Die Vorrechnung hat ergeben, daß die gesamten Aufwendungen für die Instandsetzung des Mühlengebäudes und für die Mühlenreinigung sich auf 43 835,56 Mk. belaufen. Da bewilligt worden sind: 35 500 Mk., so macht sich eine Nachbewilligung von 8555,56 Mk. erforderlich, wovon Beträge von 19 46 Mk. hinzutreten, die von der Stadthauptkasse beim Jahresfahle irrtümlich in Abgang gestellt worden sind. Die erforderliche Ueberführung der bewilligten Baugelder erklärt sich daraus, daß wiederholt bei der fortgeschrittenen Instandsetzungsarbeit sich herausstellte, daß Holzwerk und Maschinenente, deren Weiterverwendung ohne Ausbesserung in Aussicht genommen war, in dem vorhandenen Zustand nicht beibehalten konnten. Diese Uebernahmen wurden erst bei Ausführung der Arbeit gemacht, obwohl vor Aufstellung der Instandsetzungen mehrere Mühlenladungsprotokolle zu Rate gezogen worden waren. Da ein längerer Stillstand der Mühle unbedingt vermeiden werden mußte, so konnte die Arbeit nicht bis zur Nachbewilligung stillstehen, man mußte sich — wie gezeichnet — mit der Antilidung der Ueberführung begnügen. Der Ueberführung steht eine Einnahme von 2500 Mk. gegenüber, welche von Herrn Oberamtmann Götz als sofortige Amortisation auf einen Teil der Mühlenreinigung gezahlt und bei dem Landgüter-Erneuerungsfonds veranlagt worden ist. Herr Götz hat sich außerdem verpflichtet, von den Instandsetzungsarbeiten den Betrag von 20 200 Mk. mit 4 n. v. zu verzinsen und während der Pachtzeit voll zu amortisieren.“

Noch eine weitere Nachbewilligung ist zu beantragen: während der Ausführung der Reparaturarbeiten in der ehemaligen Stärkefabrik (siehe Müllerwohnhaus) und Polenscherne des Gutes Gimmritz) mußte nach einander verschiedene Auflagen der Baupolizei-Verwaltung nachgegeben werden. 1. In der Polenscherne mußte ein Treppenhäuschen mit feuersicherer Treppe an Stelle der bisher vorhandenen Holzstiege eingebaut werden: das verursachte 1978,95 Mk. Kosten. 2. In Polenscherne und Müllerwohnhaus mußten die bisher freistehenden Balkenbänke und Konstruktionsböden verankert und gepußt werden (945,52 Mk.). 3. Im Arbeiter-(Müller)Wohnhaus mußten die Treppenhäuschen verankert werden (1017,90 Mk.).

Da die Auflagen umgehend erfüllt werden mußten, um den Saisonarbeitern das nötige Unterkommen zu verschaffen, so beschloß die Landgüter-Verwaltungs-Deputation, die Beträge zunächst

### auf Voranschlag

zu buchen und nach endgültiger Fertigstellung der Bauten in Gimmritz die Nachbewilligung zu beantragen. Im ganzen sind auf Grund der polizeilichen Auflagen aufgewendet worden: 3942,37 Mk.

Herr St. Giese findet es wenig erquicklich, daß die Vorlagen der Landgüterdeputation erst dann an das Kollodium kommen, wenn die Arbeiten schon ausgeführt seien.

Herr Stadtrat Köhler ist nicht dem Standpunkt mit dem Hinweis zu rechtigern, daß die Arbeiten sehr dringend waren. Es hätten sich bei den Reparaturen immer neue ergeben.

Herr St. Giese hält das nicht für zulässig, das Vorhaben des Herrn Köhler sei nicht geistlich. Es sei Zeit gewesen, sich die nötigen Summen bewilligen zu lassen.

Herr St. Dähler präzisiert seinen persönlichen Standpunkt dahin, daß er nicht 43 000 Mk. in die Mühle hineingebaut haben würde. Da sei es viel richtiger, die Mühle wegzureißen und neu zu bauen, das würde etwa 90 000 Mk. gekostet haben, aber wir hätten dann eine neue Mühle.

Herr Stadtrat Köhler bemerkt, daß er erst seit einem Jahr das Dejernet habe, der Vorwurf der Ungeheuerlichkeit, falls er erhoben werden könnte, treffe ihn also keinesfalls. Die Polizei sei hinsichtlich der Polenbauer, als die Saison-

arbeiter schon antrüben, mit härteren baupolizeilichen Maßnahmen gekommen, so habe sie feuersichere Treppen verlangt usw. Da habe man schneller arbeiten müssen, um die Leute unterbringen zu können. Das Polenhaus sei früher ein Lagerhaus gewesen, nicht für menschliche Wohnungen bestimmt.

Herr St. Giese erklärt sich nicht für befriedigt. Die Verwaltung hätte rechtzeitig mit der Vorlage kommen müssen; z. B. hinsichtlich der Umwandlung des Lagerhauses in ein Unterkunftsloos für die Saisonarbeiter.

Herr St. Neuhof fragt, ob denn nun endlich der Schluß der Ausgaben für Gimmritz gekommen ist.

Herr Stadtrat Köhler antwortet mit Ja. (Allgemeine Heiterkeit.) Das Ende der Ausgaben ist nun gekommen, nachdem wir über 200 000 Mk. für das Gut Gimmritz aufgewendet haben.

Herr St. v. B. um es findet bei der Sache manches auffallend, z. B. das, daß das Lagerhaus zum Saisonarbeiterhaus umgebaut wurde, und daß dann die Baupolizei eingriff. Wie konnte der Bau in Angriff genommen werden, ohne daß man sich mit der Baupolizei rechtzeitig in Verbindung setzte? So könne die Geschichte nicht weiter gehen.

Herr St. Thiele meint, solche Warnung nütze nichts. Er sei dafür, die Sache dem Bauauschuß vorzulegen, und solle einen solchen Antrag.

Herr Bürgermeister v. Hollig findet aus, es sei schon ausgehen worden, daß nicht ganz korrekt vorgegangen wurde. Aber es sei möglich, daß der Dejernet nicht mehr dem Magistrat angehöre und ihm wohl niemand berechtigten Vorwurf machen könne, über die Angelegenheit in dieser Weise zu verhandeln. Ein Kostendruck lag vor, wir mußten unsere vertraglichen Verpflichtungen nachkommen, wenn wir uns Weiterungen ersparen wollten, und da ergab sich der Zwang, schnell die Arbeiten in Angriff zu nehmen. Jetzt ist ja, Gott sei Dank, die Kalamität beendet. Mit Robert, dem früheren Richter, haben wir uns auseinander gesetzt, und auch der Nachfolger Oberamtmann Götz erklärt sich jetzt für befriedigt. Es ist gut, daß wir nunmehr aus Ziel gekommen sind. Das Gut hat doch tatsächlich außerordentlich gewonnen. Und daß beim Umbau der Mühle Ueberfliehungen vorkommen werden, das haben wir doch schon vor zwei Jahren angeknüpft.

Der Antrag Thiele auf Verweisung an den Bauauschuß wird abgelehnt. Die Nachbewilligung mit 27 gegen 17 Stimmen genehmigt.

5. Der Magistrat hat beschloffen, das

### Einkaufsgeld für eine Stelle im Paul Riebed-Strift

vom 1. April 1911 ab auf 1000 Mk. zu erhöhen. Wie der Referent Herr St. Paulus berichtet, sind die laufenden Ausgaben seit der Errichtung der Stiftung erheblich gestiegen. Die Verpflegungskosten betrugen 1896 für 1 Person und 1 Tag 67 Pf., 1909 dagegen 97 Pf. Die Betriebsüberschüsse sind infolgedessen geringer geworden. Die Jahresrechnung 1909 schließt mit einem Voranschlag von 10 257,64 ab. Eine Erhöhung des Einkaufsgeldes auf 1000 Mk. ist daher gerechtfertigt. Der jetzt für eine Kaufstelle zu zahlende Betrag von 600 Mk. steht in keinem Verhältnis zu den Wohnraten, die den Stiftsinsassen gewährt werden.

Die Veranlagung genehmigt einstimmig die Erhöhung.

6. Zwei zahlungsfähige hiesige Bürger haben sich bereit erklärt, zwei Baustellen an der Ringstraße zu den von der Baudeputation festgesetzten Preisen unter der Bedingung zu erwerben, daß ihnen die Flächen frei von Straßenausbau- und Freilegungskosten übergeben werden. Der Gesamtaufpreis beträgt demnach etwa 39 050 Mk.

Die Veranlagung genehmigt die Vorlage. (Ref. Herr St. Renner.)

7. Der Zimmermeister Aug. Dohm hier beabsichtigt, das von ihm erwerbene Grundstück an der nördlichen Ecke der Dessauer- und Dittenbergerstraße zu bebauen. Das Projekt steht, abweichend von der bestehenden Fluchtlinie, eine Gebirgsbrechung und teilweise Freilegung des Vorgartenslandes vor. Der Magistrat hat mit dem Unternehmer vereinbart, daß die nach der abzumäandernden Fluchtlinie zur Strafe entfallende Parzelle von ca. 11 Quadratmeter Größe unentgeltlich an die Stadtgemeinde aufläßt und die Kosten der Befestigung des Landes trägt.

Die Veranlagung erklärt sich mit der Vorlage einverstanden. (Ref. Herr St. Emmert.)

8. Bei Prüfung eines Bauantrages für die Troitzstraße hat sich ergeben, daß dieselbe verschiedene Häuser von der Fluchtlinie ein wenig angeknüpft werden. Hierdurch sind die Häuser in unangenehmer Weise belastet, ohne daß die Allgemeinheit durch diese ganz geringfügige Verdrößerung einen entsprechenden Nutzen hat. Die Veranlagung erklärt sich demnach einverstanden, daß eine neue rationellere Fluchtlinie festgelegt wird. (Ref. Herr St. Reichardt.)

9. Gelegenlich der Freilegung von Fluchtlinien für die Dölnitzerstraße im Jahre 1907 ist an der östlichen Seite des Rühlingschen Grundstücks die Einmündung einer Straße projektiert; die Fluchtlinien der letzteren sind auf eine Front von 10 Meter bereits festgelegt worden. Die im Größtmöb. Bauantragspläne vorgesehene Straße E war vorläufig befallen. Das angrenzende Wenersche Grundstück unter der Berücksichtigung der Fluchtlinien für letztere Straße parallelisiert und verkauft worden ist, hierzu von ihrer Ueberhebung abgesehen sein. Der Magistrat einigt daher die Veranlagung, auszusprechen, daß a) bis im Jahre 1907 festgesetzte Straßeneinmündung und die auf eine Front von 10 Meter festgesetzten Fluchtlinien aufgehoben werden, b) die von der ehemaligen Gemeinde Größtmöb. festgesetzte Führung der Straße E bestehen bleibt und c) daß auf der Westseite dieser Straße neue Baufuchtlinien festgelegt werden. (Ref. Herr St. Reichardt.)

10. Gemäß des 5. kommunalen Bezirksvereins um Befestigung des bei Glätte äußerst gefährlichen Riffelpfaffenwegs des oberen Mühlwegs wird dem Magistrat als Material überlassen; man hofft, daß der Petition im nächsten Jahre entsprochen werden kann. (Ref. Herr St. Renner.)

11. Die Veranlagung wird erfaßt, auszusprechen, daß die

### Turnhalle auf dem Hofplatze

zur Benutzung als Schankloos während der im Jahre 1911 stattfindenden Kram- und Viehmärkte an den Restaurateur Friedrich Emmert hier für den Mietzins von 1510 Mk. unter den Bedingungen vom 8. Januar 1911 vermietet wird. Im Vorjahre wurden 2220 Mk. Mietzins gezahlt. Die feindliche Ausschreibung hat stattgefunden. Herr Emmert ist mit 1510 Mk. Weisheitsbesitzer. Die Veranlagung genehmigt den Antrag. (Ref. Herr St. Blumentritt.)

## Vereins- und Versammlungsnachrichten.

Im Lehrereverein der Umgegend von Halle a. S. hält am nächsten Sonnabend, den 25. Februar, 3 Uhr, im „Schulthei“, Herr Wölfler Jüngel-Neu-Döla eine letzte abschließende Vorlesung über die Seelenfrage: „Gebeten über die Unsterblichkeit der Seele“. Es wird eine rege Teilnahme erwartet. Gäste sind willkommen. Der Eintritt ist frei.

Der landwirtschaftliche Bauernverein des Saalkreises hielt am Sonnabend im „Evangelischen Vereinshaus“ seine Generalversammlung ab. Den Vorsitz führte Herr Deponomatier G. Wolfes-Raumig. Die von Herrn Rentier Günther-Halle gelegte Jahresrechnung für 1910 weist eine Einnahme von 2852,61 Mark und eine Ausgabe von 1512,18 Mark auf. Nach dem Jahresbericht zählt der Verein etwa 400 Mitglieder. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden wurden eine Anzahl treudienender Arbeiter und Arbeitstinnen durch Sparschaften, Diplome, Medaillen oder Trophäen ausgezeichnet. Die Namen der so Geehrten sind: August Schmidt beim Gutsbesitzer D. Schüle in Welschena, Louis Tempel in der Zuckerfabrik Gröbers, Robert Senje beim Gutsbesitzer K. Thiene in Radkau, Otto Wiede beim Oberamtmann Kaufmeyer in Heuberg, Wilhelm Hoppe beim Gutsbesitzer M. Schaal in Gröbers, August Füllner beim Gutsbesitzer F. Keutel in Ringdorf und Ida Pfeiffer beim Rittergutsbesitzer W. Penning in Böhndorf. Herr Deponomatier K. Hübner-Kaltenmark sprach über die Bedeutung der Kontrollvereine für Viehhaltung und Viehhaltung. In unserer Provinz existieren bereits 23 Kontrollvereine mit 296 Beamten, ihnen unterliegen 7534 Kühe zur Beobachtung. Die dafür zu zahlenden Beträge sind nicht hoch. — Herr Gutsbesitzer A. E. Scharf-Halle ließ sich jedoch über die Befähigung der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen durch Fugische eingehend aus. Er wies an der Hand von Beispielen die großen Schäden nach, die der Landwirtschaft durch Fugische aus den Schlotten der Bräutefabriken entstehen. Die Fabriken müßten angehalten werden, Vorkehrungen zu treffen, daß die Kalamitäten aufhören. Herr Viehhaltungsvorsteher Jeger-Halle gab Aufklärung über Viehhaltung lebenden Viehes im Anschluß an die Schlachttierversicherung.

Die ehemaligen Schüler des Lehrerseminars zu Cöthen, die in Halle angefaßt sind oder hier als Emigranten leben, treffen Donnerstag, den 23. Februar, abends 8¼ Uhr, im Restaurationszimmer des Evang. Vereinshauses (St. Klausstraße) zusammen zu einer Besprechung über die Beteiligung der ehemaligen Schüler des Seminars an der am 21. April d. J. in Cöthen stattfindenden Einweihung des neuen Seminarsgebäudes. Vollständiges Erheben ist dringend erwünscht.

### Aus dem Leserkreis.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keine Verantwortung für die Richtigkeit der in diesem Briefe enthaltenen Angaben, sondern die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der in diesem Briefe enthaltenen Angaben.)

### Kaiser Friedrich-Denkmal.

In der letzten Ausschüttung zur Errichtung eines Kaiser Friedrich-Denkmal ist auf eine neue die Platzfrage angeknüpft worden und auch ein neuer Vorschlag gemacht. Ich verfolge mit großem Interesse die Verhandlungen und möchte mir erlauben, auf einen M. W. bisher noch nicht erwähnten Vorschlag hinzuweisen, der wohl geeignet wäre, als würdiger Standort für das Denkmal zu dienen. Ich meine den zurzeit noch ungenutzten und dem öffentlichen Verkehr noch nicht erschlossenen, an der Magdeburgerstraße gelegenen Teil des Stadtgottesackers. Ein schönes Denkmal an der vorerwähnten Straße, im Vordergrund des alten Parkes stehend, würde sich sehr gut ausnehmen und zur vollen Geltung kommen.

Vielleicht veranlaßt diese Anregung, einmal an zukünftiger Stelle anzugehen, ob der Platz zu haben ist. Ueber kurz oder lang wird ja doch wohl der alte Friedhof dem öffentlichen Verkehr überlassen werden. S. B. Dewitz.

## Gerichtsverhandlungen.

### Schöffengericht.

Halle a. S., 18. Februar.

#### Schulobdachloshaus mit Miasmehl.

Im November und Dezember vor. J. ließ die Polizei in einem hiesigen Restaurantengeldlich zweimal durch eine von ihr beauftragte Frau Schulobdachloshaus einzukaufen, um es auf dem Staatsmittelanforderungsamt auf seine Reinheit prüfen zu lassen. Die Untersuchung ergab, daß beide Proben mit je 10 Prozent Miasmehl durchsetzt waren. Schulobdachloshaus darf nun aus Kasse, Jüder und Gewerke bestehen.

Der dem Schöffengericht gab der Geschäftsinhaber an, er müsse jedenfalls „in die falsche Wäsche gegriffen“ haben, denn er führe auch reines Schulobdachloshaus. Wegen Nachprüfungsmitteilung wurde er in eine Geldstrafe von 20 Mark genommen.

#### Auch ein Patriot.

Der Wärdige, schon erheblich wegen Rechtsvergehen verurteilte Arbeiter Friedrich Krauß aus Canena schlug eines Oktobers den von dem hiesigen Oberassessor, in dem damals seine Frau mit mehreren Kindern untergebracht war, großen Lärm und ließ gegen den Wärdiger große Beschuldigungen aus. Er will gegen diesen wegen Verhöhnung seines 12jährigen Sohnes sehr erbittert gewesen sein. Der Wärdiger hatte aber den Anken nicht geschlagen, sondern ihm und seinen Gewerkschaftern nur Schläge angeboten, weil sie sich wiederholt bis in die Nacht hinein unhergebetrieben hatten. Krauß brachte vor Gericht die naive Erklärung vor, seine Kinder seien doch nicht für das Mäß zum Durchprügeln da, sondern für Seine Majestät; er habe 9 Jüngens, und beim 7. habe Majestät Seite gestanden.

Wegen Verleumdung und großen Unfugs wurde der eigenartige Höllelerer zu zwei Wochen Gefängnis und zu 100 Mark Haft verurteilt.

Der Termin zum Aufrück-Prüfung des hiesigen Rechtsgerichtstermin für die Revisionsverhandlung im Wärdiger-Prüfung, der auf den 23. Februar angefaßt war, ist auf unbestimmte Zeit wegen plötzlicher Erkrankung des Prokurators des Klägers verzagt worden.

### Unterhaltungsblatt.

Geküert nach auf halben Kassen. Roman von Josef Habermeyer. (Fort.) — Der Staub als Kaffee-Täger. Kriminalistische Fälle von G. Falkenhorst. — Punkte Zeitung. — Literatur.





